

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 24. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Juni 2006, 9:30 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

i.V. von Karsten Jasper

Wilfried Wengler (CDU)

i.V. von Thomas Stritzl

Anette Langner (SPD)

Hans Müller (SPD)

i.V. von Olaf Schulze

Dr. Heiner Garg (FDP)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Information durch den Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein über den aktuellen Diskussionsstand auf Bundesebene zum Thema Mindestlöhne und Vorstellung des Konzepts zur Einführung eines „relativen Mindestlohnes“ (auch in Anwesenheit von Vertretern der IHK Schleswig-Holstein und des DGB Bezirk Nord)	5
hier: Umdrucke 16/618 und 16/690	
2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)	6
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/115	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)	
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/604	
3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Innovationsbereichen zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID-Gesetz)	7
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/246	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung von Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT-Gesetz)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/711	

4. Anteile des Landes an der AKN Eisenbahn AG	8
hierzu: Umdruck 16/733	
5. „Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“ Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006 - Europabericht 2006 -	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/641	
6. Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/640	
(überwiesen am 23. März 2006 an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)	
7. Abschaffung der Zuverlässigkeitsüberprüfung im Luftsicherheitsgesetz	11
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/645 (neu)	
8. Außenwirtschaft in Schleswig-Holstein	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/639	
9. Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg	13
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/729 Nr. 2	
10. Verschiedenes	14

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 9:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Information durch den Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein über den aktuellen Diskussionsstand auf Bundesebene zum Thema Mindestlöhne und Vorstellung des Konzepts zur Einführung eines „relativen Mindestlohnes“ (auch in Anwesenheit von Vertretern der IHK Schleswig-Holstein und des DGB Bezirk Nord)

hier: Umdrucke 16/618, 16/690, 16/904 und 16/905

M Döring erläutert einleitend sein Konzept zur Einführung eines relativen Mindestlohnes, das dem Ausschuss mit Umdruck 16/690 vorliegt, und legt dar, warum die Einführung eines Mindestlohnes nötig sei, warum ein starrer gesetzlicher Mindestlohn mehr Schaden als Nutzen würde und welche Argumente für die Einführung eines relativen, branchenspezifischen Mindestlohnes sprächen. - Für die IHK Schleswig-Holstein legt sodann Herr Spitzer dar, dass ein relativer Mindestlohn bei niedrigen Lohngruppen wirkungslos sei, dass er zur Bedrohung von bestehenden Arbeitsplätzen führe, dass das ALG II bereits Dumpinglöhne verhindere und dass letztlich die Einführung des relativen Mindestlohnes mit weiterer Bürokratie verbunden sei (s. Umdruck 16/905). - Herr Lorenz betont für die IG Metall Bezirksleitung Küste, dass man sich für einen branchenbezogenen gesetzlichen Mindestlohn einsetze und dass der Mindestlohn regelmäßig an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden müsse. Die Behauptung der Arbeitgeber, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichteten, bezeichnet er als falsch. Erfahrungen anderer Länder zeigten, dass Mindestlöhne nicht zum Abbau von Arbeitsplätzen führen müssten. Die Stellungnahme liegt dem Ausschuss mit Umdruck 16/904 vor.

M Döring weist in der Aussprache auch darauf hin, dass im September 2006 von ihm und dem Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund in Berlin eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Schleswig-Holstein - Zukunftsland“ durchgeführt werde, die sich mit der Arbeitsmarktpolitik in der Zukunft befassen werde. Zu dieser Veranstaltung mit dem Titel „In Zukunft Arbeit? Arbeitsmarktpolitik der Zukunft“ würden auch die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses eingeladen werden. Des Weiteren sagt er zu, die Ausschussmitglieder über die Zuleitung aktueller Ausarbeitungen zu diesem Thema auf dem Laufenden zu halten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/115

(überwiesen am 16. Juni 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/254, 16/847

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/604

(überwiesen am 22. März 2006)

hierzu: Umdrucke 16/706, 16/757, 16/847, 16/873

hier: schriftlicher Bericht des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Umdruck 16/847) und Verfahrensfragen

Der Anregung von Abg. Harms, zum Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/604, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, folgt der Ausschuss einmütig. Den Fraktionssprechern im Ausschuss wird für die Benennung des Kreises der Anzuhörenden Zeit bis zur nächsten Plenartagung Ende Juni eingeräumt. Die schriftlichen Stellungnahmen sollen bis Ende August vorliegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Innovationsbereichen zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID-Gesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/246

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/692, 16/718, 16/851, 16/852, 16/855, 16/856, 16/861

b) Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung von Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT-Gesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/711

(überwiesen am 3. Mai 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/850, 16/851, 16/852, 16/854, 16/855, 16/856, 16/857,
16/861

Abg. Callsen bittet um Verschiebung der Beratung dieser Tagesordnungspunkte, weil hierzu zunächst noch die Klärung rechtlicher Fragen abgewartet werden solle. - Der Ausschuss folgt dieser Bitte von Abg. Callsen einmütig, unterstreicht jedoch, dass auf jeden Fall sichergestellt werden solle, dass die zweite Lesung der Gesetzentwürfe noch vor der Sommerpause des Parlaments erfolge. In Würdigung dieser Absichtserklärung legen die Ausschussmitglieder als Termin für die nächste Befassung mit den Gesetzentwürfen Dienstag, den 20. Juni 2006, fest.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Anteile des Landes an der AKN Eisenbahn AG

hierzu: Umdrucke 16/733 und 16/894

Im Rahmen einer kurzen Aussprache legt Abg. Dr. Garg wegen Abwesenheit des Wirtschaftsministers seine Fragen zur Haltung der Landesregierung zum Verkauf der Anteile des Landes an der AKN, die Kosten des Landes für SPNV auf den AKN-Strecken und zu den Vor- und Nachteilen des Landes aus dem Verkauf der Anteile des Landes an der AKN schriftlich vor (s. Umdruck 16/894). - Im Ausschuss besteht Einvernehmen, vor einer weiteren inhaltlichen Befassung mit diesem Thema die schriftliche Antwort des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr abzuwarten. - RL Riedel sagt zudem die Zuleitung einer Zusammenfassung der Untersuchung von Rödl & Partner zur Entwicklung der weiteren Unternehmensstrategie der AKN Eisenbahn AG vom 24. November 2003 als vertraulich zu behandelnde Unterrichtung zu.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, stellt fest, dass der Wirtschaftsausschuss gemeinsam mit dem Finanzausschuss das Thema der möglichen Veräußerung der Anteile des Landes an der AKN weiter verfolgen werde, und bittet die Vertreter der Landesregierung sicherzustellen, dass die Ausschüsse rechtzeitig in den Meinungsbildungsprozess eingebunden werden. - Abg. Hentschel regt an, zu gegebener Zeit auch Herrn Wewers von der LVS und Herrn Kruszynski von der AKN zu einem Expertengespräch hierüber einzuladen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**„Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“
Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006
- Europabericht 2006 -**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/641

(überwiesen am 24. März 2006 an den **Europaausschuss** und an alle übrigen
Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/641, ohne weitere vertiefte Aussprache zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/640

(überwiesen am 23. März 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Mit der Bitte an die Vertreter der Landesregierung, den Ausschuss über Informationen aus Brüssel über die Ausweisung des Vorlandes von St. Margarethen als FFH-Gebiet zeitnah zu unterrichten, nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/640, zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen hierüber für abgeschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Abschaffung der Zuverlässigkeitsüberprüfung im Luftsicherheitsgesetz

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/645 (neu)

(überwiesen am 23. März 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss bittet den federführenden Innen- und Rechtsausschuss zu dem Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/645 (neu), zunächst eine Anhörung durchzuführen. Auf der Grundlage des Ergebnisses dieser Anhörung wird sich der Wirtschaftsausschuss weiter mit der Vorlage befassen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Außenwirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/639

(überwiesen am 4. Mai 2006 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere vertiefte Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/639, zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/729 Nr. 2

(überwiesen am 4. Mai 2006 an den **Umwelt- und Agrarausschusses**
und den Wirtschaftsausschuss)

Der beteiligte Wirtschaftsausschuss spricht an den federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Empfehlung aus, dem Landtag die Ablehnung der Drucksache 16/729 Nr. 2 vorzuschlagen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Zusätzlich zu den im Umdruck 16/800 genannten mündlich Anzuhörenden zum Antrag „Priorität für Erdkabel beim Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein“, Drucksache 16/710, und vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landtagspräsidenten beschließt der Ausschuss, zusätzlich zu dem bereits benannten Sachverständigen Prof. Dr. Brakelmann auch Herrn Prof. Dr. Oswald und einen Vertreter der Deutschen Energie-Agentur GmbH zu hören.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer